

Kurzum | von Uwe Kremer¹



⇒ Dr. Uwe Kremer ist Sozialwissenschaftler und Mitherausgeber der spw.

Foto: © Larssen

Die „Fortschrittskoalition“ mit einer „gemeinsamen Fortschrittserzählung“ (Olaf Scholz) und als Einstieg in ein „sozialdemokratisches Jahrzehnt“ (Lars Klingbeil) – von diesen im vergangenen Herbst und Winter gepflegten und miteinander verschränkten Narrativen ist nicht mehr viel übrig geblieben.

Die politischen Eskapaden vom Tempo-Limit bis zum Tank-Rabatt, im Kern aber das Strategiepapier des Bundesfinanzministers zur „Finanzpolitik in der Zeitenwende“ zeigen das unverdrossene Festhalten der FDP an ihrer Mischung aus Klientelismus und wirtschaftsliberaler Dogmatik. Und mehr noch als die GRÜNEN muss die Sozialdemokratie aufpassen, dass sie angesichts der Beliebigkeit, mit der z. Zt. zwischen Übergewinnsteuer und Gasumlage, Neun-Euro-Tickets und Pendlerpauschalen, Preisdeckelungen und Sozialtransfers changiert wird, nicht erneut politischen Schaden nimmt. Sie ist vielmehr dringend beraten, sich jenseits des Koalitionshorizonts einen neuen Reim auf das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ zu machen.

Denn die „Zeitenwende“ – um das nächste Narrativ aufzugreifen – geht ja weit über die Fragen der militärischen Sicherheit hinaus. Seit mindestens anderthalb Jahrzehnten türmen sich schon globale Strukturprobleme auf. Gleiches gilt in Deutschland für die sich immer weiter auswachsende Krise nationaler Infrastrukturen. Schon in Corona- und nun in Zeiten der Ukraine-Krise sind zwei weitere Herausforderungen sichtbar geworden, die das Stammterrain des Wirtschaftsliberalismus betreffen. Ich meine zum einen die

Verletzlichkeit von Wertschöpfungs- und Versorgungsketten und zum anderen die Krise der Preissysteme, die noch weniger als zuvor in der Lage sind, den alltäglichen Zugang zu Gütern für einen wachsenden Teil der Bevölkerung nach sozialen und ökologischen Kriterien zu gewährleisten.

Und selbst wenn die Ukraine-Krise im engeren Sinne einmal ausgestanden sein sollte, werden diese Fragen im Raume bleiben. Die Gesamtherausforderung ist riesig und keiner – auch nicht auf der Linken – möge behaupten, sie schon hinreichend durchdacht und die Lösungen bereit zu haben. Sicher ist aber zweierlei:

- Nichts, aber auch gar nichts in dieser Gemengelage kann in irgendeiner Art und Weise mit neo- und ordoliberalen Konzepten beherrschbar gemacht werden. Derartige Konzepte können daher auch nicht Teil einer „fortschrittlichen Erzählung“ sein.

- Denn „Zeitenwende“ bedeutet: Wir sind in eine Zeit eingetreten, in der es um die umfassende (Wieder)Erlangung öffentlicher Souveränität über die Bedingungen der Stoff- und Energieflüsse, des Wirtschaftens und des sozialen Lebens geht.

Es wird – kurzum – notwendig sein, die Infra- und Transferstruktur der Daseinsvorsorge noch radikaler um- und auszubauen, als wir es vielleicht auch in dieser Zeitschrift bislang meinten – nicht nur mit Blick auf das, was der Staat (einschließlich der Kommunen) unmittelbar bereit stellt, sondern auch in der Gewährleistung und Gestaltung lokaler Wirtschaftskreisläufe und Versorgungsketten und der Verfügbarmachung alltäglicher Güter und Dienstleistungen.

Dies ist das umfassende Thema eines „sozialdemokratischen Jahrzehnts“ bzw. einer progressiven Agenda. Richtig geführt, kann das sich abzeichnende Ringen um eine sozial gerechte Verteilung der inflationsbedingten Lasten wie auch um eine Investitionspolitik jenseits der „Schuldenbremse“ als Einstieg angesehen werden. Aber schon jetzt ist klar, dass es um deutlich mehr geht – und auch, kurzum, um eine „Fortschrittskoalition“, die diese Namen verdient!

1 Dr. Uwe Kremer ist Sozialwissenschaftler und Mitherausgeber der spw.